

Handlungsbedarf in Österreich: Strenge Kontrolle der europäischen Waffenexporte notwendig

Presseaussendung von amnesty international Österreich, Unterstützung der Forderungen durch die AGEZ:

London/Wien, 30. September 2004

55 europäische NGOs (amnesty international, Oxfam, Pax Christi, Saferworld, etc.) legen aufgrund der aktuellen Überarbeitung des EU-Verhaltenskodex für Waffenexporte einen Bericht mit zahlreichen Empfehlungen zur verbesserten Waffenexportkontrolle vor. Die österreichischen NGOs, die diesen Bericht mittragen, fordern die österreichische Bundesregierung dazu auf, die vorhandenen Rechtslücken durch Verbesserung der nationalen Rechtsbestimmungen zu schließen. Insbesondere Österreich ist ein Paradebeispiel dafür wie lückenhafte rechtliche Bestimmungen die Umgehung von Waffenexportkontrollen im Ausland ermöglichen.

So hat die österreichische Firma Steyr Mannlicher im April 2004 mit der Regierung Malaysias einen Vertrag geschlossen, gemäß dem die gesamte Produktion von Militärwaffen nach Kuala Lumpur verlagert wird. Bereits seit Anfang der 90-er Jahre wird dort für Steyr das Sturmgewehr AUGA1 zur militärischen Verwendung in Malaysia hergestellt, obwohl es in diesem Land immer wieder zu Fällen von schweren Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei kommt. In Zukunft sollen in einer gemeinsamen Tochtergesellschaft von Steyr und einem malaysischen Staatsunternehmen unter österreichischer Lizenz jährlich 15 - 20.000 Exemplare des neuesten Steyr Sturmgewehres AUGA3 in Malaysia hergestellt werden. Darüber hinaus ist nicht klar, welche Kontrollmechanismen Malaysia bei Waffenexporten anwendet und inwieweit dabei menschenrechtlich relevante Kriterien berücksichtigt werden. Auch eine Klausel im Lizenzvertrag, die die einzelnen Waffenexporte in Drittländer von einer vorherigen Zustimmung der österreichischen Behörden abhängig macht, wie dies die Praxis in Schweden ist, fehlt vollkommen.

Zu den zentralen Forderungen der NGOs zählen:

- die Ausweitung der Anwendung des Kodex von kommerziellen auf sämtliche Waffenexporte (wie etwa bei direkten bilateralen Regierungsgeschäften),
- die Verschärfung der Exportbewilligungskriterien,
- die Erfassung der Lizenzproduktionen im Ausland,
- die Verbesserung der Endverbrauchskontrollen,
- der Aufbau einer Datenbank zur Vernetzung der Behörden bezüglich Waffenexporten
- die Ausweitung der Kontrolle von Waffenvermittlungsgeschäften durch Einführung einer Registrierungs- und Berichtspflicht für Waffenhändler sowie durch Erfassung der Geschäfte von EU-Bürgern und EU-Unternehmen außerhalb des EU-Territoriums.

Außerdem fordern die österreichischen NGOs (u.a. ai-Österreich; die **Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ)**, ein Dachverband von 29 entwicklungspolitischen Organisationen in Österreich; der Internationale Versöhnungsbund-Österreichischer Zweig (IVB-ÖZ), ein Verein für aktive Gewaltfreiheit; sowie Österreichische MedizinerInnen gegen Gewalt und Atomgefahren (OMEGA-IPPNW Austria)), die österreichische Regierung dazu

auf, jährlich einen detaillierten Bericht zu Waffenexporten zu veröffentlichen, sowie das bereits 11 der 15 bisherigen EU-Mitgliedsländern regelmäßig tun.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Mag. Michaela Klement - AI-Pressesprecherin - 01/78008-24 oder 0664/400 10 56